



Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

EU-INFORMATIONEN

Aktuelles aus Brüssel und Bremen

Ausgabe 1

Februar 2010

www.europa.bremen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles	3
Spanische Ratspräsidentschaft: Politische Schwerpunkte und Termine.....	3
Zur Lage der Europäischen Union 2010 - Internationales Forum der „Think Tanks“ in Brüssel	4
Beschäftigung, Bildung und Soziales	4
Europäisches Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Madrid unter dem Motto „Armut darf nicht sein!“ eröffnet.....	4
Umfrage zu Erfahrungen mit dem sozialen Dialog auf Unternehmensebene in europäischen Betrieben	5
Europäisches Netzwerk zur Ausbildung und Regelung von Pflegeberufen – Ausschreibung eines europäischen Pilotprojektes	6
Gesellschaft auf einen Blick 2009	7
Studie zur „Arbeitsmarktmodellierung“ veröffentlicht.....	7
Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung	8
Bremische Firma erhält Auftrag für den Bau von 14 Galileo-Satelliten	8
Spanische EU-Ratspräsidentschaft und Raumfahrtaktivitäten.....	8
EIT startet erste ‚Wissens- und Innovationsgemeinschaften‘	9
Umwelt und Energie	10
Ergebnisse der UN-Klimakonferenz von Kopenhagen.....	10
EU-Kommission legt Mitteilung zur Biodiversität vor.....	12
Justiz und Inneres	13
Urteile des EuGH zur Altersdiskriminierung beim Kündigungsschutz sowie bei Einstellungen	13
Richtlinien-Initiative für eine Europäische Schutzanordnung	14
Bremen und Europa	14
Jahreskonferenz der Neuen Hanse Interregio im Bremer Rathaus.....	14
„Europe in Your Hands - Der Bremer Europa-Talk“ geht in die Verlängerung	15
Konferenz: Europafähige Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen	15
Redaktion	16
Bereich Europa.....	16

Institutionelles

Spanische Ratspräsidentschaft: Politische Schwerpunkte und Termine

Als erster Mitgliedstaat nach dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags hat Spanien am 1. Januar 2010 die Ratspräsidentschaft bis Mitte 2010 übernommen. Die wichtigste institutionelle Änderung ist, dass nicht mehr die Ratspräsidentschaft den Vorsitz des Europäischen Rates und des Außenministerrates führt, sondern der seit Jahresbeginn amtierende Ratspräsident Herman van Rompuy bzw. die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton. Das Arbeitsprogramm der insgesamt vierten spanischen Ratspräsidentschaft seit dem EU-Beitritt 1986 steht unter dem Motto „Europa erneuern“ („Innovating Europe“). Dieses ist in das Programm der Trio-Ratspräsidentschaft der nächsten 18 Monate von Spanien, Belgien und Ungarn eingebettet. Die Prioritäten der spanischen Ratspräsidentschaft und der Triopräsidentschaft sind die schnelle und volle Umsetzung des Lissabonvertrages, der Weg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise, insbesondere durch die Verabschiedung der Nachfolgestrategie „Europa 2020“ zur Lissabon-Strategie, die Stärkung der Rolle Europas in der Welt und ein bürgernahes Europa.

Das Programm der spanischen Ratspräsidentschaft (englisch):

http://www.eu2010.es/export/sites/presidencia/comun/descargas/Spanish_Presidencia_Program.pdf

Das Programm der Trio-Präsidentschaft:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st16/st16771.de09.pdf>

Die wichtigsten Termine der spanischen Ratspräsidentschaft sind der informelle Europäische Rat am 11. Februar sowie die Europäischen Räte vom 25./26. März und 17./18. Juni unter dem Vorsitz des neuen Ratspräsidenten Hermann van Rompuy. Der zunächst für den 24. Mai vorgesehene Gipfel mit dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama in Madrid soll verschoben werden, ein neuer Alternativtermin steht noch nicht fest. Weitere wichtige Gipfel finden mit Pakistan am 21. April in Brüssel, mit Japan am 28. April in Tokio, mit den lateinamerikanischen Staaten im Mai in Spanien sowie mit den Staaten der Mittelmeerunion am 7. Juni in Barcelona statt.

Kalender (englisch):

<http://www.eu2010.es/export/sites/presidencia/comun/descargas/unioneuropea/Calendar.pdf>

Zur Lage der Europäischen Union 2010 - Internationales Forum der „Think Tanks“ in Brüssel

Am 12. Januar 2010 haben Experten der neun führenden europäischen „Think Tanks“ in Brüssel die Lage der Europäischen Union diskutiert. Die Eröffnung dieser Jahreskonferenz 2010 stand unter dem Titel „Vom Lissabon-Vertrag zur globalen Rezession: Vom Regen in die Traufe“.

Vor rund 130 eingeladenen internationalen Teilnehmerinnen und Teilnehmern stellten die Vertreter der beteiligten Think Tanks ihre Analysen zu den institutionellen Konsequenzen nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages, den Implikationen der Wirtschaftskrise für die politische Kursbestimmung der EU und zu den außenpolitischen Anforderungen an Europa angesichts einer zunehmend multilateral geprägten Welt vor.

In vier Workshops wurden die EU-Klimapolitik nach dem Scheitern des Kopenhagen-Gipfels, neue Formen der „Global Governance“, die Rolle der EU als internationaler Akteur und die Umsetzung des Stockholm-Programms zur europäischen Migrations-, Flüchtlings-, Asyl- und Sicherheitspolitik diskutiert. Der Zustand der EU wurde in diesen Debatten der internationalen Experten überwiegend kritisch eingeschätzt.

Im Rahmen des öffentlichen Schlussplenums, das dem Thema "Defining an EU Action Agenda for 2010-2014" gewidmet war, wurden die Ergebnisse und Politikempfehlungen aus den Arbeitsgruppen präsentiert und von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso vor rund 250 Gästen kommentiert.

Weitere Informationen (englisch): http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_30706_30707_2.pdf

Beschäftigung, Bildung und Soziales

Europäisches Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Madrid unter dem Motto „Armut darf nicht sein!“ eröffnet

Mit einer Auftaktveranstaltung in Madrid am 21. Januar 2010 haben die EU-Kommission und die Spanische EU-Ratspräsidentschaft (1. Halbjahr 2010) das Europäische Jahr 2010 eröffnet. Die Europäischen Jahre greifen mit europäischen und nationalen Initiativen, Öffentlichkeitskampagnen und Veranstaltungen wichtige politische Themen der Union und ihrer Bürgerinnen und Bürger auf. Das Thema der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist nach aktuellen Umfragen der EU für die Bürger wichtig. So hatte auch schon 2007 eine Eurobarometer-Umfrage ergeben, dass eine große Mehrheit der Europäer (73 % der Befragten) Armut als verbreitetes Problem in ihrem Land ansieht; 89 % fordern, dass ihre Regierung rasch etwas dagegen unternimmt. Die meisten der befragten Bürgerinnen und Bürger sehen in erster Linie die eigene nationale Regierung in der Pflicht, die Armut zu bekämpfen, aber 74 % erwarten, dass auch die EU sich engagiert. Derzeit leben fast 80 Mio. Europäerinnen und Europäer, d.h. rd. 17 % der EU-Bevölkerung, unterhalb der auf europäischer Ebene definierten Armutsgrenze.

Im Rahmen des Europäischen Jahres 2010 ist ein breites Spektrum von Aktivitäten vorgesehen, darunter Informationskampagnen, innovative Maßnahmen, Diskussionsveranstaltungen, Konferenzen sowie Wettbewerbe, die auf herausragende Projekte aufmerksam machen sollen.

Zu den wichtigsten Aktivitäten auf europäischer Ebene gehören:

- ein Journalistenwettbewerb auf nationaler und europäischer Ebene,
- ein Projekt zur Rolle der Kunst bei der sozialen Eingliederung,
- eine Schwerpunktwoche im Mai 2010 mit der Vorstellung von zahlreichen Projekten,
- eine Schwerpunktwoche im Herbst in Verbindung mit dem „Runden Tisch über Armut und soziale Ausgrenzung“ und dem „Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut“ am 17. Oktober,
- die Abschlusskonferenz im Dezember 2010 in Brüssel und die Vergabe der Preise an Journalisten und Künstler unter der belgischen EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2010.

Parallel dazu werden in den Teilnehmerländern Hunderte von Einzelprojekten im Rahmen der national festgelegten Ziele und Prioritäten durchgeführt. Das deutsche Motto für das EU-Jahr 2010 lautet „Mit neuem Mut“ und die Situation von Kindern ist als eine Priorität der nationalen deutschen Aktivitäten festgelegt worden.

Website der EU-Kommission zum Europäischen Jahr 2010:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=637&langId=de>

Die nationalen Aktivitäten der EU-Mitgliedstaaten:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=808&langId=de>

Umfrage zu Erfahrungen mit dem sozialen Dialog auf Unternehmensebene in europäischen Betrieben

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) hat im Dezember 2009 die ersten Ergebnisse einer Umfrage in Betrieben veröffentlicht. Bei dieser groß angelegten, repräsentativen Erhebung unter Führungskräften und Arbeitnehmervertretern (European Company Survey 2009 - Flexibility practices and social dialogue (ECS)) handelt es sich um die zweite Erhebung, die Eurofound europaweit unter Unternehmen durchgeführt hat.

Die Europäische Unternehmenserhebung dokumentiert die Flexibilitätsstrategien von Unternehmen und bietet nützliche vergleichende Informationen zum sozialen Dialog. Schwerpunkt der Befragung waren daher Erfahrungen mit dem sozialen Dialog auf Unternehmensebene - Arbeitgeber und Arbeitnehmer - und zu Flexibilitätspraktiken und Arbeitszeitmodellen, flexiblen Beschäftigungsmodellen, Herausforderungen für die Personalpolitik und zu variablen Entlohnungssystemen. In der EU werden mehr als 60 % der europäischen Beschäftigten durch eine Form der Mitarbeitervertretung abgedeckt, wobei die Mitarbeitervertretungen in den nördlichen Mitgliedstaaten weit verbreiteter sind als im Süden der EU.

Eine deutsche Zusammenfassung der Umfrage:

<http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2009/97/de/1/EF0997DE.pdf>

Weitere Informationen zur Umfrage (englisch):

<http://www.eurofound.europa.eu/surveys/companysurvey/2009/index.htm>

Europäisches Netzwerk zur Ausbildung und Regelung von Pflegeberufen – Ausschreibung eines europäischen Pilotprojektes

Die Europäische Kommission initiiert - als eine der ersten Folgemaßnahmen nach der Veröffentlichung ihres „Grünbuch über Arbeitskräfte des Gesundheitswesens in Europa“ - ein europäisches Pilotprojekt zur Ausbildung und Regelung von Pflegeberufen. Angesprochen sind Vertreter von Ausbildungseinrichtungen und zuständigen Aufsichtsbehörden für die Ausbildung von Krankenschwestern. Über einen Erfahrungsaustausch in einem europäischen Netzwerk sollen Verbesserungen in der Ausbildung von Pflegekräften mit unterschiedlichen Profilen, z. B. für pflegerische Hilfskräfte/ Pflegeassistenten u. a. entwickelt werden.

Mit diesem Pilotprojekt sollen Informationen gesammelt und ausgewertet werden zu

- den rechtlichen Beschäftigungsbedingungen und -profilen von Pflegekräften in Europa,
- den Anforderungsprofilen und Kompetenzen von Pflegekräften,
- den besten Ausbildungsmethoden unter Berücksichtigung der grenzüberschreitenden Mobilität der Pflegeberufe und zu Empfehlungen für Anforderungen an die Ausbildungsgänge.

Das Netzwerk-Projekt mit Pilotcharakter kann bis zu einer Höhe von maximal 400.000 € gefördert werden. Die Projektaktivitäten sollen im 4. Quartal 2010 beginnen und sich über einen Zeitraum von drei Jahren erstrecken.

Anträge können bis zum 31. März 2010 gestellt werden.

Weitere Informationen (englisch):

http://ec.europa.eu/health/ph_systems/call_workforce_en.htm

Gesellschaft auf einen Blick 2009

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat eine deutsche Ausgabe ihrer Veröffentlichung „Gesellschaft auf einen Blick 2009“ vorgelegt. Diese Untersuchung greift Fragen nach dem erzielten gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt auf und bietet einen präzisen Überblick über quantitative soziale Trends und Maßnahmen im ganzen OECD-Raum. Die Ausgabe 2009 enthält ein breites Spektrum von Informationen über soziale Themen wie z.B. Demografie und Familienmerkmale, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit, Sozialausgaben und Gesundheitsausgaben oder Arbeits- und Lebenszufriedenheit. In einem Interpretationsleitfaden wird der Aufbau der OECD-Sozialindikatoren erläutert.

http://www.oecd.org/document/14/0,3343,de_34968570_35008930_42675470_1_1_1_1,00.html

Studie zur „Arbeitsmarktmodellierung“ veröffentlicht

Die EU-Kommission hat eine umfangreiche Studie zur Arbeitsmarktmodellierung auf ihrer Website veröffentlicht. Ein besseres Verständnis der Funktionsweise des Arbeitsmarktes und der Rolle arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ist wichtige Grundlage für die Erarbeitung von neuen Strategien und Konzepten, z. B. im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie. In vier große Kapitel gegliedert gibt die Studie einen Überblick über existierende Modelle zur Analyse von Arbeitsmärkten, eine Beschreibung der Arbeitsmärkte in der Europäischen Union und zur Literatur über die Wirkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Außerdem liefert sie eine detaillierte technische Dokumentation des Modells und einige Simulationen zur Veranschaulichung relevanter arbeitsmarktpolitischer Fragestellungen.

Die Studie liegt in englischer Sprache vor, enthält jedoch auch eine Zusammenfassung auf Deutsch. Sie wurde aus Mitteln des EU-Programms PROGRESS finanziert.

Informationen auf der Website der Kommission:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=113&langId=de>

Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung

Bremische Firma erhält Auftrag für den Bau von 14 Galileo-Satelliten

Die EU-Kommission hat am 7. Januar 2010 drei Aufträge im Zusammenhang mit dem Aufbau der Infrastruktur des europäischen Satellitennavigationssystems Galileo vergeben. Den Vertrag über die ersten 14 Satelliten erhielt OHB System AG (Bremen, DE), der Auftrag für die Systemunterstützung ging an ThalesAleniaSpace (IT). Mit den Startdienstleistungen wurde Arianespace (FR) beauftragt. Der im Dezember geschlossene Rahmenvertrag mit OHB System AG und EADS-Astrium GmbH (DE) ebnet den Weg für die schrittweise Lieferung von bis zu 32 Satelliten. Die ersten 14 Satelliten im Wert von 566 Mio. € werden bei OHB bestellt. Die Aufträge für die restlichen Satelliten werden später an OHB System AG oder EADS-Astrium GmbH vergeben, wobei jeweils das Unternehmen mit dem günstigsten Angebot den Zuschlag erhalten wird. Die Kommission setzt auf zwei Lieferanten, um die Risiken insbesondere im Hinblick auf die Lieferzeiten zu verringern und die Flexibilität zu erhöhen. Der an ThalesAleniaSpace vergebene Auftrag über die Systemunterstützung umfasst die erforderlichen industriellen Dienstleistungen, mit denen die Europäische Weltraumorganisation bei der Integration und Validierung des Galileo-Systems unterstützt wird. Das Auftragsvolumen beläuft sich hier auf 85 Mio. €. Mit dem Start von fünf Sojus-Trägerraketen, die jeweils zwei Satelliten ins All bringen, wurde Arianespace beauftragt. Das Auftragsvolumen beläuft sich auf 397 Mio. €. Der erste Start ist für Oktober 2012 vorgesehen. Die Verträge sollen in den nächsten Wochen von den ausgewählten Unternehmen und der Europäischen Weltraumorganisation im Namen der Europäischen Kommission unterzeichnet werden. Die restlichen drei Aufträge für die Bodeneinrichtungen, das Bodenkontrollsystem und den Betrieb sollen bis Mitte 2010 vergeben werden.

Weitere Informationen zu Galileo (englisch): <http://ec.europa.eu/transport/galileo>

Spanische EU-Ratspräsidentschaft und Raumfahrtaktivitäten

Im Mittelpunkt der von der spanischen Ratspräsidentschaft geplanten Raumfahrt-Aktivitäten stehen drei Workshops, die der Vorbereitung der nächsten Explorationskonferenz (geplant für Oktober/November 2010 in Brüssel unter belgischer EU-Ratspräsidentschaft) dienen: „Scientific and Educational Aspects of Space exploration“ (März 2010), „Exploration and Innovation, Industrial Competitiveness and Technological Advance“ (April 2010) sowie „Discussion of the Exploration Scenarios, including International Relations Aspects“ (Mai 2010).

Weiterhin ist für Februar/ März 2010 eine Veranstaltung zu „Space and Security/ GMES“ geplant. Hier werden die Themen Koordination zwischen zivilen und militärischen Erdbeobachtungsprogrammen, die Rollen von EU, Europäischer Raumfahrtbehörde ESA und Mitgliedstaaten im zukünftigen operationellen Space Situational Awareness-Programm sowie die Rolle der EU im Bereich Weltraum und Sicherheit im Vordergrund stehen.

Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen (englisch):

<http://www.eu2010.es/en/index.html>

EIT startet erste ‚Wissens- und Innovationsgemeinschaften‘

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) wurde von der EU-Kommission etabliert, um innerhalb der EU eine größere Zusammenarbeit der Bereiche Forschung, Bildung und Innovation (sog. Wissensdreieck) zu schaffen. Es wurde nach dem Vorbild des amerikanischen Massachusetts Institute of Technology (MIT) errichtet. Der EIT-Verwaltungsrat war in 2009 zunächst damit beauftragt, Europas erste Wissens- und Innovationsgemeinschaften (Knowledge and Innovation Cluster = KIC) auszuwählen. Insgesamt sechs KIC sollen bis 2013 geschaffen werden. Im Dezember 2009 hat das EIT die ersten drei KIC bekannt gegeben, die sich mit Klima, Energie und Informationstechnologie beschäftigen. Insgesamt waren 20 Vorschläge von Konsortien eingereicht, die zu den ersten KIC gehören wollten.

Das Klima-KIC wird sich mit Wasser- und Landnutzung sowie mit einer verbesserten Umweltfreundlichkeit europäischer Städte und einer Verbesserung der Systeme für Klimavorhersagen beschäftigen. Sein Ziel ist es, „ein natürlicher Ort“ für die Ansiedlung der F&E-Zentren von Unternehmen für Klimafragen sowie ein Magnet für Spitzenstudenten im Bereich des Klimawandels zu werden. Es wird über Zentren in London, Zürich, Berlin, Paris und Randstad verfügen.

Das sog. ‚InnoEnergie‘-Konsortium wird sich mit nachhaltiger Energie beschäftigen und seine Zentren in Karlsruhe, Grenoble, Eindhoven/Leuven, Barcelona, Stockholm und Krakau haben. Das polnische Zentrum ist das einzige, das in Osteuropa angesiedelt sein wird.

Das dritte KIC wird sich mit Informations- und Kommunikationstechnologien beschäftigen und verbindet bereits bestehende Cluster in Berlin, Eindhoven, Helsinki, Paris und Stockholm. Die KICs erhalten siebenjährige Verträge mit einer Anschubfinanzierung von 3 Mio. €. Die KIC werden max. 25 % ihrer Finanzierung vom EIT erhalten und sollen sich mittelfristig selbst finanzieren können. Es wird ihnen freistehen, sich finanzielle Unterstützung von privaten Quellen, nationalen Förderorganisationen und EU-Forschungsprogrammen zu beschaffen. Die KIC-Verträge können für einen weiteren Zeitraum von sieben Jahren verlängert werden.

Weitere Informationen (englisch): <http://eit.europa.eu/>

Umwelt und Energie

Ergebnisse der UN-Klimakonferenz von Kopenhagen

Im Rahmen der UN-Klimaschutzkonferenz, die vom 7. bis zum 19. Dezember 2009 in Kopenhagen stattgefunden hat, sollte ein globales Klimaschutzabkommen (Kyoto-Nachfolgeregelung) verhandelt werden, das weltweite Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen ab 2013 festlegt und die Länder in die Lage versetzen soll, sich besser an den Klimawandel anzupassen.

Die EU hat im Vorfeld der Konferenz deutlich gemacht, dass ein erfolgreicher Abschluss dieser Verhandlungen zu den wichtigsten Prioritäten der EU zählt. Bereits im Dezember 2008 hatte sie sich auf die Bedingungen für den Abschluss des EU-Klima- und Energiepakets geeinigt und damit auch ihre Position für die Verhandlungen in Kopenhagen festgelegt.

Schlüsselziele waren:

- die Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf weniger als zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau,
- die Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 20 % bis 2020 gegenüber 1990. Sollte es zu einer internationalen Einigung kommen, in der sich andere Industriestaaten zu vergleichbaren Emissionsreduzierungen verpflichten, wird die EU eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 30 % anstreben.

Ergebnisse der Konferenz:

Die 194 Mitgliedstaaten der Klimakonvention haben am Ende der UN-Klimakonferenz keinen gemeinsamen Beschluss gefasst, sondern das Abschlussdokument „Copenhagen Accord“ lediglich zur Kenntnis genommen. Dieses Dokument wurde von 25 Staaten, darunter Deutschland, erarbeitet.

Anerkennung des 2-Grad-Ziels und eines zeitnahen Emissionshöhepunkts:

Im „Copenhagen-Accord“ wird zwar die wissenschaftlich untermauerte Notwendigkeit anerkannt, die Erderwärmung auf weniger als zwei Grad zu begrenzen. Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung dieses Ziels wurden jedoch nicht vereinbart. Ebenfalls wurde nur festgestellt, dass der Höhepunkt der globalen wie nationalen Emissionen sobald wie möglich erreicht werden muss.

Reduktionsvorgaben für Treibhausgasemissionen:

Grundsätzlich wurden für keine Staatengruppe konkrete Ziele zur Reduktion der Emission von Treibhausgasen festgelegt. Die Industrieländer sollen einzeln oder gemeinsam bis zum 31. Januar 2010 über die geplanten Emissionsreduzierungen bis 2020 entscheiden. Dabei handelt es sich lediglich um eine Selbstverpflichtung. Die Überprüfung der Einhaltung der selbst gewählten Werte erfolgt auf der Basis von Richtlinien, die die Vertragsstaatenkonferenz beschließt.

Die Schwellen- und Entwicklungsländer sollen ebenfalls bis zum 31. Januar 2010 ihre Minderungsschritte melden. Anders als bei den Industrienationen ist jeder Staat selbst für die Überprüfung der Umsetzung der gesteckten Minderungsziele verantwortlich. Alle zwei Jahre sollen diese Staaten über die Ergebnisse informieren. Die am wenigsten entwickelten Länder und kleine Inselstaaten unternehmen freiwillige Schritte und erhalten dabei Unterstützung.

Finanzzusagen für die Entwicklungsländer:

Die Industriestaaten verpflichten sich, neue und zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 30 Mrd. \$ in den Jahren von 2010 bis 2012 bereitzustellen. Die EU hat zugesagt, 10,6 Mrd. \$ zur Verfügung zu stellen. Die Mittel für die Anpassung an den Klimawandel sollen dabei in erster Linie den am wenigsten entwickelten Ländern, kleinen Inselstaaten und afrikanischen Ländern zukommen. Diese Soforthilfen sind das einzige konkrete Ergebnis des Kopenhagen-Gipfels. Eine relativ zügige Umsetzung dieses Beschlusses ist möglich.

Strittig blieb allerdings, wie sich die zugesagten zusätzlichen Finanzmittel auf die regulären Entwicklungshilfeleistungen der Industrieländer auswirken.

Weiter wurde seitens der Industriestaaten zugesagt, ab 2020 jährlich rund 100 Mrd. \$ für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel und die Förderung einer umweltfreundlicheren Entwicklung in den Schwellen- und Entwicklungsländern bereitzustellen.

Rechtliche Bindung:

Das Abschlussdokument „Copenhagen Accord“ wurde von den Mitgliedstaaten der Klimakonvention nicht verabschiedet und ist somit rechtlich nicht bindend.

Die nächsten Schritte:

Die EU-Umweltminister haben am 22. Dezember 2009 die Ergebnisse der Kopenhagen-Konferenz bewertet. Sie sprachen sich dafür aus, auch weiterhin Anstrengungen im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes zu unternehmen, und bekräftigten noch einmal das Angebot einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 30 % für den Fall, dass sich andere Industriestaaten zu vergleichbaren Reduzierungen verpflichten und die Entwicklungsländer entsprechend ihrer Fähigkeiten angemessene Minderungsmaßnahmen zusagen.

Deutschland hat angeboten, im Sommer 2010 eine Konferenz auf Ministerebene zu organisieren, die die nächste Vertragsstaatenkonferenz Ende 2010 in Mexiko (COP 16) vorbereiten soll.

EU-Kommission legt Mitteilung zur Biodiversität vor

Vor dem Hintergrund des Internationalen Jahres der biologischen Vielfalt 2010 der UNO und dem Auslaufen international verbindlicher Vereinbarungen zum Jahresende hat die EU-Kommission ihre Mitteilung „Optionen für ein Biodiversitätskonzept und Biodiversitätsziel der EU für die Zeit nach 2010“ vorgelegt, in der künftige Optionen für den Schutz der biologischen Vielfalt erörtert werden.

Bereits im Jahre 2001 hat sich die EU zum Ziel gesetzt, den Verlust an biologischer Vielfalt bis 2010 zu stoppen. Trotz erheblicher Anstrengungen liegen jedoch deutliche Anzeichen vor, dass dieses Ziel verfehlt wird, so dass ein neues Ziel für die biologische Vielfalt nach 2010 erforderlich ist.

Die angenommene Mitteilung stellt zum einen den Stellenwert der biologischen Vielfalt in der EU und weltweit dar und beleuchtet die wichtigsten Gründe für den Verlust an biologischer Vielfalt und deren Folgen für Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Zum anderen wird ein langfristiges Konzept für die biologische Vielfalt bis 2050 vorgeschlagen, das vier Optionen für ein mittelfristiges Ziel bis 2020 umfasst.

Option 1: „spürbare Senkung der Verlustrate (Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen) in der EU bis 2020.“

Option 2: „Eindämmung des Verlustes an Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen in der EU bis 2020.“

Option 3: „Eindämmung des Verlustes an Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen in der EU bis 2020 und Wiedernutzbarmachung im Rahmen des Möglichen.“

Option 4: „Eindämmung des Verlustes an Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen in der EU bis 2020 und Wiedernutzbarmachung im Rahmen des Möglichen sowie Verbesserung des Beitrages der EU zur Vermeidung globaler Biodiversitätsverluste.“

Auf der Grundlage dieses Konzepts und des Ziels wird die EU vor den internationalen Verhandlungen über ein neues globales Ziel für die Zeit nach 2010, die im Herbst in Nagoya (Japan) stattfinden, eine gemeinsame Position formulieren.

Die komplette Mitteilung ist folgender Seite zu entnehmen:

http://ec.europa.eu/environment/nature/biodiversity/policy/pdf/communication_2010_0004de.pdf

Portal der UNO zum Internationalen Jahr der biologischen Vielfalt 2010 (englisch):

<http://www.cbd.int/2010/welcome/>

Justiz und Inneres

Urteile des EuGH zur Altersdiskriminierung beim Kündigungsschutz sowie bei Einstellungen

Welche Rolle spielt das Alter eines Menschen, wenn es um seine Rechte am Arbeitsplatz und gegenüber seinem Arbeitgeber geht? Mit dieser Frage haben sich die Richter des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) im Januar 2010 in zwei deutschen Fällen befasst. In einem Urteil ließ der EuGH die Differenzierung nach Alter zu und in einem anderen Urteil lehnte er sie ab.

In dem einen Fall, der vom EuGH am 19. Januar entschieden wurde, hatte die Klägerin Seda Küçükdeveci seit ihrem 18. Lebensjahr in einem Essener Laminierbetrieb gearbeitet, der Präsentationsunterlagen herstellt. Die Frau war nach zehn Jahren entlassen worden. Dabei wurde ihr nur eine Beschäftigungsdauer von drei Jahren (seit dem 25. Geburtstag) und damit eine Kündigungsfrist von einem Monat zugestanden. Bei zehn Jahren Beschäftigungsdauer - gerechnet nach dem tatsächlichen Beginn ihrer Tätigkeit - hätte sie Anspruch auf vier Monate gehabt.

Informationen zur Rechtssache C-555/07 Seda Küçükdeveci:

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&nu>

Im zweiten Fall, den der EuGH am 12. Januar entschied, mussten die Altersgrenzen für Feuerwehrleute in der Hessischen Feuerwehrlaufbahnverordnung geprüft werden. In der Rechtssache C-229/08 stellte der Gerichtshof fest, dass die „Richtlinie 2000/78/EG zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf“ eine innerstaatliche Regelung, die das Höchstalter für die Einstellung in die Laufbahn des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes festlegt, unter bestimmten Voraussetzungen zulässt.

Zwar ergäbe sich durch die Festlegung einer Höchstaltersgrenze eine Ungleichbehandlung wegen des Alters. Eine Ungleichbehandlung wegen eines Merkmals stelle aber keine Diskriminierung dar, wenn das betreffende Merkmal aufgrund der Art einer bestimmten beruflichen Tätigkeit oder der Bedingungen ihrer Ausübung eine wesentliche und entscheidende berufliche Anforderung darstelle und es sich um einen rechtmäßigen Zweck und eine angemessene Anforderung handele. Die Verhältnismäßigkeit bejahte der EuGH dabei u. a. im Hinblick auf das effiziente Funktionieren des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes, das zu gewährleisten sei. Die Beamten müssten mehrheitlich in der Lage sein, die körperlich anspruchsvollen Aufgaben zu erfüllen. Auch müsse für eine angemessene Organisation der Berufsfeuerwehr eine Wechselbeziehung zwischen den körperlich anspruchsvollen und für die ältesten Beamten ungeeigneten Stellen und den körperlich weniger anspruchsvollen und für diese Beamten geeigneten Stellen bestehen.

Urteil und Schlussanträge können unter Angabe der Rechtssachennummer C-229/08 auf dieser Seite abgerufen werden: http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/

Richtlinien-Initiative für eine Europäische Schutzanordnung

Am 5. Januar hat der Rat einen Richtlinienentwurf für eine Europäische Schutzanordnung vorgelegt. Die Initiative sieht Möglichkeiten zum Erlass einer Europäischen Schutzanordnung vor, mithilfe derer bewirkt werden soll, dass der in einem Mitgliedstaat gewährte Schutz einer Person aufgrund einer Sicherungsanordnung in jedem anderen Mitgliedstaat aufrechterhalten und fortgesetzt wird. Es soll so vermieden werden, dass ein Unionsbürger bei Umzug/ Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat ein neues Verfahren durchführen muss, um dort eine erneute Schutzanordnung zu erhalten. Der Richtlinienentwurf regelt neben Form und Inhalt einer derartigen Anordnung auch den Verfahrensweg und die Pflichten der beteiligten Behörden.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st17/st17513.de09.pdf>

Bremen und Europa

Jahreskonferenz der Neuen Hanse Interregio im Bremer Rathaus

Als amtierender Vorsitzender der Neuen Hanse Interregio (NHI) leitete Senator Dr. Loske am 15. Januar 2010 die NHI-Jahreskonferenz im Bremer Rathaus in Anwesenheit der Kommissare der Königin aus den vier nordniederländischen Provinzen und dem stellvertretenden Niedersächsischen Ministerpräsidenten, Wirtschaftsminister Jörg Bode. Zum Auftakt am Vorabend hatte Bürgermeister Jens Böhrnsen die Kommissare der Königin und den niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kultur Lutz Stratmann zu einem Empfang begrüßt.

Die NHI ist ein 1991 in Bremen gegründeter grenzüberschreitender Kooperationsverbund der Länder Niedersachsen und Bremen mit den nordniederländischen Provinzen Drenthe, Friesland, Groningen und Overijssel. Einmal jährlich kommen die politischen Vertreter der NHI-Partnerregionen zusammen, um sich über aktuelle politische Fragen auszutauschen und die künftigen Schwerpunkte der Zusammenarbeit festzulegen.

Sie vereinbarten ein abgestimmtes Vorgehen in Bezug auf die Kohäsionspolitik der EU und tauschten sich intensiv über die Pläne zum Ausbau der Straßen, Schienenverbindungen und Wasserwege im NHI-Raum aus. Die NHI-Partner haben erkannt, dass das Thema Energie der Gesamtregion die Chance bietet, durch Bündelung der Kräfte und gegenseitige Ergänzung europaweit eine Vorreiterrolle als Energie-Kompetenzcluster zu übernehmen. Die NHI wird hier im kommenden Jahr weiter intensiv an der Konkretisierung und Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit arbeiten.

Zum Abschluss des Treffens hat Senator Dr. Loske den Vorsitz der NHI turnusmäßig an den Kommissar der Königin in der Provinz Friesland, Herrn John Jorritsma übergeben.

Nähere Informationen zur NHI: www.nhi-online.de

„Europe in Your Hands - Der Bremer Europa-Talk" geht in die Verlängerung

Das Projekt "Europe in Your Hands - Der Bremer Europa-Talk" geht nach einer sehr gelungenen Startphase in die Verlängerung! Es haben informative und spannende Gespräche zwischen SchülerInnen und Europa-ExpertInnen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft stattgefunden. Nun sind weitere Termine in der Planung, damit weitere Jugendliche die Chance erhalten, am Wissen und an der Erfahrung der ExpertInnen teilzuhaben.

Schulen können beim Bremer Jugendring ExpertInnen zu verschiedenen europäischen Inhalten aus den oben genannten vier Bereichen anfragen. Der Jugendring kontaktiert dann seinen „ExpertInnen-Pool“ und organisiert ein Treffen im Jugendverband, in der Schule oder einem anderen gewünschten Ort. Mittelpunkt bilden dabei zwei vom Jugendring gestellte Europa-Sessel für den Gast und den/die Moderator/in.

Weitere Informationen: <http://www.bremerjugendring.de>

Kontakt:

Angela Ruess

Bremer Jugendring; Referat für jugendpolitische Schwerpunkte

Tel: 0421 - 79 262 23

Konferenz: Europafähige Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen

Den Beschäftigten von Bund, Ländern und Gemeinden bietet sich am 4. und 5. März 2010 eine bislang einmalige Gelegenheit, sich darüber zu informieren, wie die Vorteile Europas regional und örtlich genutzt werden können.

Im Rahmen einer Konferenz können sich Behördenleitungen sowie Vertretungen des Personalmanagements über neue Anforderungen, neue Konzepte, Erfahrungen und erfolgreiche Beispiele austauschen. Themen werden unter anderem Fragestellungen zur Implementierung von EU-Bestimmungen sowie die Nutzung von EU-Fördermöglichkeiten sein.

Das Praxisforum Europa 2010 wird vom European Institute of Public Administration (EIPA) mit praktischer Unterstützung des Projektservice in Berlin veranstaltet. Es findet in Zusammenarbeit mit Kommunalen Spitzenverbänden, der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) und dem Verband Kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) statt und greift Anregungen aus diesem Kreis und aus der Ständigen Arbeitsgruppe der Europaministerkonferenz der Länder auf.

Ausführliche Informationen zum Programm sowie zur Anmeldung:

<http://www.praxisforum-europa.eu/>

Redaktion

Über Ihre Anregungen zu den EU-INFORMATIONEN und eigene Beiträge freuen wir uns. Wir bitten bereits jetzt um Ihr Verständnis für mögliche Textkürzungen oder –änderungen, wenn diese aus redaktionellen Gründen unvermeidlich sind.

Bitte richten Sie Ihre Beiträge an:

Meike Pecat
Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Abteilung Europa und Entwicklungszusammenarbeit
Ansgaritorstr. 22
28195 Bremen

Tel.: +49 421 361-14079
Fax: +49 421 496-14079
E-Mail: Meike.Pecat@europa.bremen.de
Internet: www.europa.bremen.de

Ältere Ausgaben der EU-INFORMATIONEN sind unter obiger Internet-Adresse im Archiv zu finden.

Bereich Europa

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Europa in Brüssel und Bremen sind unter folgenden Tel.-Nr. bzw. E-Mail-Adressen zu erreichen:

Name/Zuständigkeit	Telefon	E-Mail
Christian Bruns Leiter der Vertretung bei der EU und Leiter der Abt. EU u. Entwicklungszusammenarbeit	+32 2 230-2765	Vertretung@Bremen.be
Büro Brüssel		
Hélène Tabourot Büroleitung und Sekretariat	+32 2 230 2765	Vertretung@Bremen.be
Marta Giammarìo Projektassistenz f. d. Veranstaltungsplanung	+32 2 282-0075	Giammarìo@Bremen.be
Dr. Frank Castenholz Inneres, Justiz, Kultur, Sport, Erweiterung EU, GASP, Medienpolitik	+32 2 282-0072	Castenholz@Bremen.be
Maike Frese Wirtschaft, Häfen, Finanzen, Entwicklungszus.arbeit	+32 2 282-0078	Frese@Bremen.be
Renate Lürssen Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales	+32 2 282-0077	Luerssen@Bremen.be
Dr. Martina Hilger Wissenschaft, Forschung, Technologie, Informationsgesellschaft	+32 2 282-0073	Hilger@Bremen.be
Constanze Ripke Bildung, AdR, Veranstaltungen in der Vertretung	+32 2 282-0076	Ripke@Bremen.be
Torsten Raff Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung	+32 2 282-0070	Raff@Bremen.be
Büro Bremen		
Anja Braun Sekretariat u. Verwaltung	+49 421 361-4238	Anja.Braun@europa.bremen.de
Meike Pecat Ausschuss der Regionen, EU-Informationen	+49 421 361-14079	Meike.Pecat@europa.bremen.de
Hans-Joachim Schröder EMK, Brem. Bürgerschaft, Arbeitskreis EU-Ref.	+49 421 361-8532	Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de
Dr. Katja Eichler Informations- u. Öffentlichkeitsarbeit, EU- Fortbildung	+49 421-361-10841	Katja.Eichler@europa.bremen.de
Horst Seele-Liebetanz Interreg. Kooperation, Neue Hanse Interregio (NHI), Fördermittelberatung	+49 421 361-8995	Horst.Seele-Liebetanz@europa.bremen.de
Heide-Lore Swiecikowski Leitung EuropaPunktBremen, „Europawoche“, Europa- recht, Mediale Präsentation d. Bereichs Europa	+49 421 361-15682	Heide.Swiecikowski@europa.bremen.de
Claudia Elfers Konzeption der interregionalen Koop.beziehungen	+49 421 361-16882	Claudia.Elfers@europa.bremen.de